Breslauer Zeitung.



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 416. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 6. September 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 5. Sept., Abends. Die „Presse" meldet, daß in mehreren Städten auf Sicilien Unruhen ausgebrochen seien. In Spezzia hat eine Emeute begonnen. Zwei Kriegsschiffe, welche vor Varignano Position nahmen, machten den Zusammenrottungen ein Ende.

Messina, 4. Sept. Zwischen den Truppen und mehreren Garibaldianischen Calonnen hat ein Kampf stattgefunden. Die Banden wurden überall geschlagen und die Anführer gefangen genommen.

Triest, 4. Sept. Aus Athen eingetroffene Berichte vom 30. v. M. melden, daß der englische Gesandte in einer der griechischen Regierung übergebenen Note dieselbe für ihre Reformbemühungen und für die Wiederherstellung der Ordnung belobt, gleichzeitig aber auch erklärt, daß England jedem angreifenden Schritte gegen die Türkei sich widersetzen werde.

London, 5. Sept. Mit dem „Nova Scotian" eingetroffene Berichte aus New-York vom 27. v. Mts. melden, daß 15,000 Conföderirte in Kentucky eingefallen seien. Der unionistische General Morgan hatte ein Corps der Conföderirten bei Cumberland Cap zurückgeworfen. Die Indianer von Minnesota sind im Aufstande. In den Nordstaaten werden die Werbungen lebhaft betrieben. Präsident Lincoln soll erklärt haben, daß er die Aufrechterhaltung der Union wolle; man möge die Sklaverei abschaffen, oder zum Theil oder ganz beibehalten, wenn nur durch eines dieser Mittel die Union erhalten werden könne.

Kassel, 5. Sept. Ein durch das „Gesetzblatt" veröffentlichtes Ministerial-Ausschreiben vom heutigen Tage überträgt die nach der Geschäftsordnung der Ständeversammlung vom 20. Juli 1848 dem bleibenden Ständeausschusse zugewiesenen Wahlprüfungen der Landtags-Commission, in Vereinigung mit drei bis fünf von dieser zu bestimmenden Abeordneten.

Weimar, 5. Sept. Heute hielt der deutsche Handwerkertag seine erste Sitzung, an welcher 202 Mitglieder theilgenommen; in derselben wurde nur der Beschluß gefaßt, alle deutschen Handwerker in einen deutschen Handwerkerbund zu vereinigen. Morgen soll die Organisation des Handwerkertages stattfinden.

Turin, 3. Sept. Mancini, Crispi und Ferrari haben sich Garibaldi als Vertheidiger angeboten.

[Levantinische Post.] **Konstantinopel,** 30. Aug. Das „Journal de Constantinople" bringt einen ausführlichen Bericht über die (übrigens von keiner Seite bisher noch bestätigte) Einnahme von Cettinje. Die serbische Conferenz sollte am 27. d. M. die letzte Sitzung halten. In der am 25. abgehaltenen wurde beschlossen, die serbischen Festungen, mit Ausnahme von Sokol und Duschitza, sollen türkische Garnisonen behalten. Die Festung Belgrad wird von der serbischen Stadt isolirt, die türkischen Häuser niedergerissen und der Grund dem Festungsrayon einverleibt. Die expropriirten Besitzer, welche auswandern, werden entschädigt, die zurückbleibenden unter serbische Jurisdiction gestellt.

Divisions-General Khaled Pascha wurde zum Commandanten der zwischen Sophia und Nisch stationirten Truppen ernannt. Die piemontesischen Prinzen sollten am 29. abreisen. Der Sultan gab ihnen am 28. ein Dejeuner und verlieh ihnen den Osmanie-Orden. Armenische Bewohner von Zeilun haben das türkische Dorf Ketman zerstört.

Teheran, 2. Aug. Der Schah schickte den Prinzen Murad mit 4000 bis 5000 Mann von Mesched an die Grenze und will ein starkes Occupations-Corps concentriren. Er wird wahrscheinlich neutral bleiben, wenn Dost Mohammed persisches Gebiet nicht angreift.

London, 5. Sept. „Morning-Post" schreibt, Kaiser Napoleon habe erkannt, daß eine Aussöhnung zwischen dem Papste und dem Könige Victor Emanuel unmöglich sei. Die neuerliche Energie des Letztern habe in Rom keinen Eindruck gemacht. Napoleon betrachte nur die Zeit als günstiger und von den Mitteln als das politischere, Rom zu halten.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

44. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (5. Sept.).

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr. Am Ministertisch v. d. Heydt, v. Holzbrinck und mehrere Regierungs-Commissare. Die vierte Abtheilung hat an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Buschmann einen anderen Abgeordneten in die Petitions-Commission gewählt. — Mehrere Urlaubsgesuche werden bewilligt. — Vor der Tagesordnung ergreift das Wort der Abg. Dr. Waldeck: Der Bericht der Justizcommission über die Petition des Gutsbesitzers Schmidt gegen den Landrath Scharnweber sei zur Berathung im Plenum gekommen, als er durch Unwohlsein an der Theilnahme verhindert war. Als Vorsitzender der Commission und Referent in dieser Sache halte er es für nöthig, die Commission gegen die Art und Weise zu verwahren, wie dieselbe in jener Debatte und auch seitdem wiederholt angegriffen worden. Er erinnere an die Aeußerungen des Abg. für Stargardt in der Sitzung vom 20. v. M.: „man komme sonst auf den Standpunkt der Justizcommission in Sachen Scharnweber", an die Vorwürfe der Parteilichkeit oder doch der Voreingenommenheit, die der Abg. für Stolp in der letzten Sitzung der Commission gemacht u. a. m. Alle diese und ähnliche Angriffe seien unbegründet. — Der Redner geht hierauf ausführlich auf das Verfahren der Commission in Betreff der angeführten Petition ein, welches er als vollkommen gerechtfertigt und ordnungsmäßig darstellt. Die betreffenden Urkunden seien wiederholt eingehend geprüft worden, der Unterschied zwischen den beiden Berichten der Commission liege allein darin, daß die Majorität früher anderer Meinung gewesen sei als später, was zum Theil in der Abwesenheit mehrerer Mitglieder der früheren Majorität seinen Grund gehabt. — Der Redner wird in seiner Ausführung durch steigende Unruhe der rechten Seite des Hauses unterbrochen. Auf seinen lebhaften Ausruf: „Wenn die Commission in dieser Weise angegriffen wird, fordert doch die Gerechtigkeit, daß Sie mich hören!" macht ihm der Präsident Grabow bemerklich: es handle sich nur um Rechtfertigung seiner (des Redners) Stellung als Vorsitzender der Justizcommission, eine Wiederholung der Debatte über die Schmidt'sche Petition könne er aber nicht zulassen; schon jetzt hätten sich drei Redner zum Worte gemeldet; er müsse daher den Redner ersuchen, sich auf das zu beschränken, was ihm als Vorsitzender der Commission zum Vorwurf gemacht worden sei.

Abg. Dr. Waldeck: Er glaube für sein Verfahren auf den Präcedenzfall des Abg. für Stargardt sich berufen zu dürfen, der neulich, als es sich um eine persönliche Bemerkung über die Debatte wegen der freien Gemeinden gehandelt, gleichfalls auf das Thatsächliche zurückgegangen sei. — Als er demnächst nochmals auf die Sache selbst und namentlich die Form des ersten (vom Abg. Dr. Koch verfaßten) Berichts zurückkommt, dessen Autor nur deshalb die Abfassung des zweiten Berichts abgelehnt habe, weil er mit der veränderten Ansicht der Commission nicht einverstanden gewesen, wird er nochmals vom Präsidenten Grabow unterbrochen, der ihn wiederholt darauf aufmerksam macht, daß er nicht die ganze Commission, sondern nur sich selbst als den Vorsitzenden zu rechtfertigen habe. — Der Abg. Dr. Waldeck spricht während der ersten Worte des Präsidenten noch fort; mehrere Mitglieder auf der rechten Seite rufen sehr laut: „Ruhe!" Abg. Dr. Waldeck: Er bleibe dabei, daß die Comm. weder mit Voreingenommenheit, noch mit Parteilichkeit gehandelt, daß sie sich wohl auf dem Standpunkt einer Comm. des Hauses befinde, und eine Commission von Juristen sei, nicht von Wortklaubern und Rabulisten!

Abg. v. Vincke (Stargard): Die Bemerkung des Abg. Waldeck sei nicht zu vergleichen mit seiner neulichen Bemerkung vor der Tagesordnung, denn er sei damals persönlich angegriffen worden; der Abg. Waldeck aber in keiner Weise. Der erste Referent (Abg. Koch) möge sich selbst vertreten, er sei Mann und Jurist genug dazu.

Er bleibe dabei, daß in dem ersten Berichte unrichtig behauptet worden, die Wittwe Zöllner sei todt. Das mache aber einen offenbaren Unterschied. Also habe der damalige Referent actenwidrig referirt, wenn ihm die Acten vorgelegen; thatsächlich unrichtig, wenn sie nicht vorlagen. Den Abg. Waldeck habe er nicht persönlich angegriffen, weil er es unter seiner Würde halte, einen abwesenden Gegner anzugreifen. Nach kurzen weiteren persönlichen Bemerkungen der Abg. v. Rönne (Glogau) und Waldeck, constatirt noch den Abg. Immermann, daß er selbst in der betreffenden Sitzung nicht anwesend gewesen; sonst würde er als Mitglied der Justiz-Commission das Wort ergriffen haben, um dieselbe gegen die im parlamentarischen Leben unerhörten Angriffe zu vertheidigen. Die Sache wird damit verlassen, und man tritt in die Tagesordnung ein.

Zur Berathung steht zunächst der (ausführlich besprochene) Bericht der Finanz- und der Handels-Commission über den Gesetzentwurf, betr. die Eingangs- und Ausgangsabgaben und über den Antrag Sybel-Lette. Letzterer ist bekanntlich Angesichts der veränderten Sachlage von seinen Urhebern für antiquirt erklärt und zurückgezogen worden; der Gesetzentwurf selbst aber wird von der Commission, wie schon mitgetheilt, mit einer von der Regierung gebilligten Modification und einer Resolution, welche die Erklärungen der Regierung gegen die ablehnenden Zollvereinsmitglieder anerkennt und die Erwartung einer Reform des Zollvereinstarifs nach Maßgabe des französischen Handelsvertrags ausspricht, zur Annahme empfohlen. Referent ist der Abg. Michaelis. Von dem Abg. Behrend ist ein Amendement eingebracht, des Inhalts: In § 2 einzuschalten: Die in den Ausnahmebestimmungen des Zolltarifs vom 27. Juni 1860 festgestellten ermäßigten Eingangszollsätze bleiben, insofern sie niedriger sind als die in dem Tarif B. zu dem Vertrage vom 2. August d. J. festgestellten, in Kraft.

Abg. v. Mallinckrodt beantragt die General-Discussion über das Gesetz mit der über die Resolution zu verbinden; die Abg. v. Patow und v. Sybel unterstützen diesen Antrag und das Haus genehmigt denselben.

Abg. v. Mallinckrodt gegen das Gesetz und gegen die Resolution: Er glaube, daß die Vorlegung des Gesetzes und dessen Votirung nicht an der Zeit sei. Die bestimmte Absicht der Regierung, den Handelsvertrag zur Ausführung zu bringen, werde von Niemand bezweifelt, und deshalb bedürfe es keines neuen Beweises dafür. Die Landesvertretung habe die Pflicht, die Gegensätze in Deutschland nicht noch zu erhöhen. Bei der Verhandlung des Handelsvertrages habe er seinen Standpunkt dargelegt; er würde bei der Frage: entweder Zollverein oder Handelsvertrag, nicht zweifelhaft sein, sich für das erstere zu erklären. Der Regierung sei es nicht zu verdenken, wenn dieselbe den von ihr geschlossenen Handelsvertrag überall zur Geltung bringen wolle; er (Redner) könne ihr aber darin nicht sekundiren, namentlich nicht mit den Waffen, welche die Commission in ihrer Resolution angebe. Die Commission habe sich ihren Standpunkt etwas leicht gemacht; er müsse die Richtigkeit ihrer Unterstellungen entschieden bestreiten; er folge ihr zunächst darin nicht, daß sie dem Vertrage jetzt einen so wesentlich politischen Charakter vindicire, obwohl die Regierung bei Vorlegung desselben einen solchen entschieden in Abrede gestellt, daß der Bericht sogar die Sache jetzt nur noch als „Machtfrage" auffasse. Die Commission habe ohne Weiteres angenommen, daß alle diejenigen Staaten, welche dem Handelsvertrage zustimmen, auch dem künftigen reformirten Zollverein beitreten werden. Das sei sehr fraglich, denn es sei etwas ganz anderes, ob man den Handelsvertrag acceptire, oder ob man dem Handelsvertrage zu Liebe eine ganze Reihe von früheren Zollverbündeten aufgebe; er glaube, die Staaten würden alle Aufmerksamkeit darauf verwenden, die Sprengung des Zollvereins zu vermeiden. Wenn man sich auf den Standpunkt stellte, übe die Köpfe der Interessenten hinweg zu verhandeln, und sie so in die Alternative zu versetzen, entweder sich unbedingt zu beugen, oder den Zollverein zu sprengen, so wäre dies nur ein Schritt bis dahin, ein Bündniß mit Frankreich gegen Deutschland einzugehen. (Widerspruch, oh! oh!)

Nach der Mittheilung des Präsidenten hat sich eine große Zahl von Rednern für, und nur noch der Abg. Bresgen gegen die Vorlage gemeldet.

Finanzminister v. d. Heydt: Der Vorredner habe gesagt, daß die Vorlage gegenwärtig nicht an der Zeit sei. Er könne diese Auffassung nicht theilen; die Regierung müsse nach Lage der Sache Werth darauf legen, daß die Tarifermäßigungen nicht blos eine Vergünstigung Frankreichs gewähren, sondern, daß sie allgemein eingeführt würden. Er hoffe, daß das Haus der Vorlage zustimmen werde. Was nun die Resolution anlange, so könne die Regierung nur mit lebhafter Befriedigung daraus das Einverständniß entnehmen, das ihrer bisherigen Haltung damit zu erkennen gegeben sei; die Regierung sei sich bewußt, in dieser wichtigen Angelegenheit keine partikularen Interessen, sondern nur die Interessen des Zollvereins im Auge gehabt zu haben. Politische Motive hätten beim Abschluß des Vertrages nicht vorgewaltet, wenn der Vertrag auch die Wirkung hätte, die Beziehungen zu dem großen Nachbarstaate zu befestigen. Die Regierung gebe auch heute die Hoffnung nicht auf, daß diejenigen Regierungen, welche die Zustimmung zu dem Vertrage vorläufig beanstandet hätten, im wohlerwogenen Interesse noch ertheilen werden. Möchte aber der Fall eintreten, den der zweite Theil der Resolution in's Auge fasse, so könne die Regierung nur großen Werth darauf legen, sich bei ihren weiteren Schritten im vollsten Einverständniß mit der Landesvertretung zu befinden. (Bravo.) Dieses Einverständniß finde sich im zweiten Theile der Resolution, denn die Regierung beharre bei der Ueberzeugung, daß eine Reform des Zolltarifs nur auf Grundlage der Bestimmungen des Handelstarifs eintreten könne. (Hr. v. Jagow ist inzwischen eingetreten.)

Abg. Dr. Lette für die Commissions-Anträge: Er wolle nur einige Bemerkungen des ersten Redners beleuchten. Der Widerstand gegen den Handelsvertrag sei nicht von der Bevölkerung, sondern von den Regierungen ausgegangen. Bei der bevorstehenden Revision des Zolltarifs sei es natürlich, daß der Zollverein nicht zusammenhalten könne, wenn die Revision nicht auf Grund des Tarifs des Handelsvertrages erfolge. Der Beweis für die Nothwendigkeit der einheitlichen Leitung des Zollvereins hätte nicht schlagender geführt werden können, als durch den Commissions-Bericht.

Abg. Bresgen gegen den Commissions-Antrag (bei der Unruhe im Hause sehr schwer verständlich): Die Regierung habe bei den früheren Verhandlungen erklärt, die Eingangssteuer auf Wein auf 12½ Sgr., also auf die Hälfte herabzusetzen. Jetzt habe sie den Zollvereinsstaaten erklärt, diese Uebergangssteuer ganz fallen zu lassen. Das sei der letzte Schlag ins Gesicht der Interessen der rheinisch-preußischen Winzer. — Redner entwickelt hierauf historisch, wie die Winzer in den Rheinprovinzen allmählich mit Steuern überbürdet worden. In seiner parlamentarischen Thätigkeit habe er die Erfahrung gemacht, daß den Mitgliedern aus den anderen Provinzen diese Verhältnisse nur schwer verständlich zu machen seien. Die Weinsteuer sei keine Netto-, sondern eine Bruttosteuer, die von der Arbeit und den Betriebskosten mit erhoben werde. Dazu komme noch die exorbitant hohe Grundsteuer, welche auf den Rheinlanden laste, dergestalt, daß der rheinpreußische Winzer mit dem nichtpreußischen die Concurrenz nicht aushalten könne. — Früher sei in schlechten Weinjahren den Winzern die Steuer nachgelassen worden; von 1837 bis 1847 sechsmal; auch das sei jetzt nicht mehr der Fall. Also auch hier zeige sich eine vollständige Vernachlässigung der Interessen des Winzers. Dieselben seien in Folge des von der Staatsbehörde ihnen gegenüber eingehaltenen Verfahrens völlig verarmt.

Bei seiner Kritik der Haltung des Reg.-Commissars bei der Debatte über den französisch-preußischen Handelsvertrag gebraucht der Redner den Ausdruck „Verleumdung"; der Präsident Grabow bemerkt, der Redner habe wohl sagen wollen, der Reg.-Commissar habe sich in einem Irrthum befunden. — Abg. Bresgen replicirt, er glaube gesagt zu haben, die Winzer seien verleumdet worden, er habe den Reg.-Commissar nicht beleidigen wollen. Er schließt den längeren Vortrag unter fortdauernder Unruhe und Unaufmerksamkeit des Hauses. — Der Handelsminister: Die Vorschläge der Regier. gingen nicht nur dahin, die Uebergangssteuer, sondern auch die Moststeuer aufzuheben. Jene Aufhebung folge übrigens nach den Zollvereinsverträgen aus dieser von selbst. — Abg. Graf Bethusy-Huc: Er wolle nur constatiren, daß es in gewissen Fragen keine Parteien gebe, und im Namen seiner Partei erklären, daß dieselbe in der vorliegenden nur die Ehre Preußens, die hier im Spiele sei, im Auge halten werde (Bravo). — Abg. Dr. Frese: Es sei nach den Nachrichten politischer Zeitungen in Wien während des Juristentages, und zwar auf dem Festcommerce am 24. Aug., ein „Pereat" auf den preuß.-französ. Handelsvertrag ausgebracht worden. Diese Nachricht habe gerechtes Aufsehen hier und in ganz Preußen gemacht. Die Thatsache wäre für die Stimmung im Süden Deutschlands wichtig. Er glaube deshalb eine Erklärung mehrerer preußischen Juristen, welche bei jenem Vorfall zugegen waren, vorlesen zu sollen, welche den wahren Hergang so darstelle, daß ein Redner Abends in einem Garten, wo die Gesellschaft an einzelnen Tischen zerstreut gesessen habe, eine nur von Wenigen gehörte, wegen ihrer zusammenhangslosen Phrasenhaftigkeit mit ironischem Beifall aufgenommene Rede gehalten habe, die mit jenem Pereat endete. Darnach reducire sich die Sache auf etwas sehr Unbedeutendes. Ueberhaupt scheine ihm die Comm. darin Recht zu haben, daß die Stimmung in Süddeutschland nicht so arg gegen die preußische Handelspolitik sei. Aber auch hier zeige sich wieder die Nothwendigkeit einer gemeinsamen Volksvertretung in Deutschland; ein Zollparlament freilich würde nur die materiellen Interessen befriedigen und damit der nationalen Bewegung einen starken Hebel entziehen. Doch sei das Sache der Zukunft; bei unseren gegenwärtigen Zuständen im Innern sei natürlich ein nationales Vorgehen nicht möglich. Es handle sich jetzt nur um die Stellung des Hauses zum Ministerium in dieser Frage.

Die Worte des Finanzministers legten ihm die Verpflichtung auf, sich dagegen zu verwahren, daß er (Redner) mit der Zustimmung zu der Resolution ein Vertrauensvotum dem Ministerium gebe. Nur den guten altpreußischen Traditionen, welche trotz der Minister noch in den Ministerien fortlebten, und den Regierungs-Commissarien, welche denselben so würdig vertreten, gebe er ein Vertrauensvotum. Politisch könne er einem Ministerium kein Vertrauen schenken, welches Tag für Tag in seinem Organ kleine Verfassungsbrüche ankündige. Ein sittliches Motiv komme für ihn nach den elberfelder Vorgängen vom 23. und 27. August hinzu. (Lebhaftes Murren rechts.) „Meine Herren! Wenn Sie nach diesen Vorgängen noch diesem Ministerium ein Vertrauensvotum geben können, so ist das Geschmackssache".

Präsident Grabow: Er bitte, diese Gründe nicht zu sehr zu spezialisiren

Abg. Frese: Diese Vorgänge berührten zu scharf die gegenwärtige Lage, es sei für jedes patriotische Herz verletzend, daß ein Minister unter so beispiellosen Verhältnissen im Amt bleibe, und gerade dagegen müsse er sich verwahren, als ob das Haus durch sein Votum einem solchen Zustande gleichsam die Sanction ertheile. Trotzdem stimme er dem Commissions-Vorschlage zu, um zu zeigen, daß es ihm auf die Sache ankomme und nicht auf die Personen, das Haus wahre sich damit die volle Freiheit für die in der nächsten Woche bevorstehende wichtigste aller Debatten. Doch gebe er sein Votum nicht ohne Bedenken. Eine schwere Krisis nach außen drohe uns bei völliger Zerrissenheit im Innern; wolle die Regierung trotzdem in jene Krisis hineingehen, so thue sie das auf ihre eigene Verantwortung.

Finanzminister: Er glaube nicht, daß seine vorigen Worte Anlaß gegeben zu den Aeußerungen, die man soeben gehört. Er habe kein Vertrauensvotum für die Personen des gegenwärtigen Ministeriums verlangt, er habe gesagt, daß in dieser Angelegenheit auch ferner die Regierung hoffentlich in vollständiger Uebereinstimmung mit der Landesvertretung sich befinden werde. Wenn der Vorredner speciell eines jüngst in Elberfeld stattgefundenen Prozesses erwähnt und dabei seine Person im Auge gehabt habe, so beruhige ihn vollständig sein eigenes Bewußtsein: er habe sich früh dem öffentlichen Leben gewidmet und sein Leben gebe Zeugniß davon, in welcher Weise. Er finde es deshalb auch nicht nothwendig, jetzt des Weiteren auf diesen Gegenstand einzugehen. (Bravo bei der Fraction Vincke.)

Abg. v. Patow: Durch den Widerspruch einiger Regierungen gegen den Handelsvertrag habe die Frage eine Bedeutung gewonnen, die weit hinausreiche über die eigentliche Grenze desselben. Es handle sich in der Resolution weder um ein Vertrauens-, noch um ein Mißtrauensvotum; der Commission sei es zu danken, wie dem meisterhaften Berichte des Referenten, daß dem Willen der großen Majorität Ausdruck gegeben sei. Er selbst habe mehr, wie viele Andere, die Bedeutung empfunden, den Zollverein zu Stande zu bringen; es sei aber in den vielen Krisen nur möglich gewesen, das Bestehen des Zollvereins durch das Interesse Preußens zu erkaufen. Gegenwärtig sei der Moment für ein entschiedenes Handeln gekommen, den man nicht vorübergehen lassen dürfe. Das Bestehen des Zollvereins sei nur dann zu retten, wenn die Regierung und mit ihr das preuß. Volk mit aller Energie den Standpunkt festhalte, welchen die Regierung bisher eingenommen habe. Er wünsche die Annahme der Resolution, denn diese sei der einzige Weg, Preußens Rechte und seine Ehre zu wahren. (Beifall.)

Abg. v. Sybel: Er sei der Meinung, daß das Haus ohne Unterschied der Parteien in den inneren Fragen, zusammenstehen solle in solchen auswärtigen Fragen; man müsse der Regierung zustimmen, auch wenn sie sonst feindlich gegenüberstehe, gleichwie einst ein Stuart, als die Engländer die Flotte zerstörten, mit der er eine Invasion in sein Stammland versucht hatte, ausrief: „Wie wacker kämpfen meine Engländer." Nach Annahme der Resolution habe er es nicht mehr für nothwendig gehalten, auf seinem Antrage zu bestehen. Er bekenne sich gerade zu der entgegengesetzten Ansicht des Abg. v. Malinckrodt, er spreche offen aus, daß er sich freue, wenn der Zollverein in seiner gegenwärtigen Gestalt zerbrochen werde. Der Zollverein war eine Quelle des politischen Lebens und des nationalen Fortschritts; er bereitete den Boden für die kommende Gemeinsamkeit, allein die politischen Schäden des deutschen Bundes seien in seine Organisation hinübergegangen und für Preußen war er deshalb nicht die Quelle des politischen Lebens und Selbstständigkeit. Es sei eine Illusion, wenn man glaube, daß dieser Zollverein für Preußen von politischem Nutzen sei; es sei eine Illusion, wenn man glaube, daß der heutige Zollverein für Preußen segensreich sei und daß das Volk denselben erhalten wolle. Diesen jetzigen Zollverein mit seiner politisch-commerziellen Anarchie wolle man nicht nur nicht erhalten, sondern ihn so bald als möglich zerstören. Die Resolution der Commission spreche zwar seine Wünsche nicht vollständig aus, dennoch eröffne sie denselben den Weg und empfehle er sie deshalb. Er hoffe nicht auf süddeutsche Sympathie; nichtsdestoweniger sei er der Meinung, daß Preußen nichts anderes thun könne, als die Position, die für die rechte anerkannt werde, mit Energie und Unerschütterlichkeit festhalten. Der Handelsvertrag sei ein großer nationaler Fortschritt und verfolge man denselben mit Festigkeit, so werde die Achtung nicht fehlen (Beifall).

Abg. Reichensperger (Geldern): Er wolle ausführen, warum es gar nicht möglich, der Vorlage zuzustimmen. Für den Fall, daß der Handelsvertrag nicht angenommen werde vom gesammten Zollverein, sei ein Ausführungsgesetz nicht erforderlich, denn der Minister habe selbst anerkannt, daß der Vertrag nur von Bedeutung sei, wenn der Zollverein zustimme. Geschehe dies nicht, so werde das Haus erst von Neuem seine Zustimmung geben müssen. Er sei also der Ansicht, daß man sich mit etwas Illusorischem beschäftige, daß man nur eine Demonstration nach außen hin beabsichtige, und dagegen stimme er. Er habe dem Handelsvertrage trotz vielfacher erheblicher Bedenken zugestimmt, weil er die Lösung der Bedenken nur durch die Regierung für möglich erachtete; er habe aber auch auf die Hinwirkung der andern Staaten dabei gerechnet. Diese Voraussetzung sei jedoch nicht eingetroffen. Man sage, daß es nothwendig sei, den Zollverein zu sprengen, weil er gegen die preußischen und deutschen Interessen wäre, aber er wundere sich, wie man sich so leicht über Eventualitäten eines solchen Ereignisses hinwegsetzen könne. Er meine, daß, statt sich mit der Resolution auf den Standpunkt gegen den Zollverein zu stellen, man sich auf den Standpunkt der Sympathie für den Zollverein stellen sollte; man sollte vielmehr in einer Resolution die Ansicht aussprechen, daß auch die andern Staaten sich der Einsicht einer Verbesserung nicht verschließen sollten, daß aber der Zollverein zu erhalten sei. Nicht isoliren sollte man Preußen, sondern es in der Gemeinschaft mit seinen Verbündeten erhalten. Er bedauere die Spannung zwischen Preußen und Oesterreich, er sei der Meinung, daß alle guten Dienste, welche Preußen jemals Oesterreich geleistet habe, durch das eigene Interesse dictirt gewesen seien; das Haus sollte nicht jede Gelegenheit ergreifen, Oel ins Feuer zu gießen. Man sollte nicht provoziren, man sollte nicht dem Gegner so schroff entgegen treten, und deshalb stimme er weder für das Gesetz, noch für die Resolution.

Reg.-Commissar: Der Vorredner habe wiederholt, daß die gegenwärtige Vorlage eigentlich gegenstandslos sei. Die Stellung des Hauses zur Vorlage sei identisch mit seiner Stellung zum Handelsvertrage. Es sei kein

bloßes Ausführungsgesetz. Allerdings sei es von vornherein die Absicht gewesen, den Tarif zu generalisiren, ein Beschluß der Landesvertretung darüber sei aber nicht gefaßt. — Die Vorlage wäre allerdings überflüssig gewesen, wenn es möglich gewesen wäre, einen vollständigen Tarif vorzulegen, was aus bekannten Gründen nicht der Fall sei. Jetzt sei sie der einzige Weg, auf dem die Regierung sich der Uebereinstimmung des Hauses vergewissern könne. — Abg. v. Rönne (Solingen): Schon bei der Berathung des französischen Handelsvertrages habe der Abg. für Berlin constatirt, daß seine und des Redners Partei nicht Opposition mache, um der Opposition willen, sondern daß seine Partei in der vorliegenden Frage mit der Regierung einverstanden sei. — Die Abg. für Krefeld und Königsberg i/N. seien auf ihre zurückgezogene Resolution zurückgekommen, sie wünschten ein Zoll-Parlament, ein Zollvereins-Parlament oder vielmehr einen volkswirthschaftlichen Bundestag im Gegensatz zum politischen Bundestag. Aus der Nichtlebensfähigkeit des Zollvereins folge nicht die Nothwendigkeit eines Zoll-Parlaments, sondern die einer politischen Neugestaltung Deutschlands. Schon wenn man die Wahlmodalitäten eines solchen Parlaments sich vergegenwärtige, so ergebe sich daraus die Unausführbarkeit. Dasselbe würde nicht die wahren Interessen des Volkes repräsentiren, und schon an der Competenzfrage werde der Plan scheitern. Hauptsächlich spreche dagegen die praktische Unmöglichkeit der Ernennung von Gesandten, Consuln u. a. m. zur Vertretung der Handelsinteressen durch jenes Parlament, welche das Ausland nicht anerkennen werde. Das Ganze sei eine halbe Maßregel, das deutsche Volk verlange etwas Entschiedeneres. Nicht auf die Theilnahme der Regierungen, die bei dem Zollparlament erforderlich, sei zu rechnen, sondern auf die Sympathie des Volkes.

Abg. Schulze (Berlin): Die Vorlage sei eine Consequenz des Handelsvertrages, die Stellung des Hauses dieselbe, wie jenem Vertrage gegenüber. Seine Partei habe dabei eine sachliche Stellung eingenommen. Man habe dieser Regierung gegenüber sachlich genau zu prüfen. Nicht blos zu stärken sei die Regierung durch die Uebereinstimmung des Hauses, sondern vor allem an die eingeschlagene Politik zu binden durch Annahme der Resolution, die er empfeble. Denn in früheren Fällen sei von der liberalen Politik in dieser Frage wiederholt abgewichen worden. — Was die Frage wegen der Existenz des Zollvereins betreffe, so könne Preußen derselben mit Ruhe entgegensehen, nicht aber die andern Mitglieder desselben. Die großen Principien der wirthschaftlichen Entwickelung könnten nicht preisgegeben werden um der Zolleinigung willen, umsoweniger, wenn ein Rückwärtsgehen in der Politik damit verbunden sei. Mit dem Verlust der wirthschaftlichen Hegemonie Preußens in Deutschland würde auch jede Möglichkeit einer politischen Hegemonie verloren gehen. Gäbe man den Anforderungen der süddeutschen Zollvereinsmitglieder nach, so würden möglicherweise norddeutsche Mitglieder abfallen, deren Interessen dieselben, wie die unseren. Abgesehen davon, hätten wir einmal die französische Zolleinigung aufgegeben, so würden wir in die österreichische Zolleinigung hineingezwängt. Und das wollten gerade die Herren im Centrum. Dann seien wir zu einem politischen Zusammengehen mit Oesterreich gezwungen. Oesterreich sei gerade derjenige Staat, der ohne jede Rücksicht zu Bündnissen gegen Deutschland im rein dynastischen Interesse jederzeit die Hand geboten. So oft Preußen eine undeutsche Politik getrieben, sei die Strafe auf dem Fuße gefolgt. Preußen sei nur groß und mächtig, wenn es deutsche Politik treibe. Oesterreich sei dagegen groß geworden durch undeutsche Politik. Deshalb hätten wir nicht zu fürchten, daß Preußen jemals im französischen Interesse die deutschen Interessen vernachlässigen könne. — Das ganze Bestreben der Herren im Centrum gehe auf die Einigkeit mit Oesterreich. „Die Einigung Deutschlands ist leicht, wenn einmal die Zolleinigung mit Oesterreich geschlossen, dann haben wir statt der deutschen Reichsverfassung das Concordat!" (Lebhafter Beifall, Unruhe im Centrum.)

Abg. Dr. Faucher: Er könne wohl begreifen, daß die Herren, welche gegen den Vertrag selbst gesprochen, auch gegen die heutige Vorlage sprächen; er könne aber nicht begreifen, wie man dem Hause die Verwerfung der Resolution zumuthen könne, nachdem das Haus die Annahme des Vertrages als im Interesse Preußens und Deutschlands für nothwendig erachtet habe. Wer A gesagt habe, müsse auch B sagen, und deshalb dürfe das Haus sich nicht durch eine Kündigung des Zollvereins schrecken lassen. Abg. Reichensperger habe geäußert, daß man mit einem Tropfen Honig weiter komme, als mit einem Fasse Essig; er sei aber der Meinung, daß man schon ganze Fässer von Honig an die Zollvereinsmitglieder verschwendet habe, ohne daß es etwas genutzt. Gegenwärtig, wenn das Haus die Reg. ernst unterstütze, würden die beiden renitenten Regierungen Baiern und Württemberg es sich überlegen können, ob der Austritt aus dem Zollverein den Interessen ihrer Bevölkerung entspreche. Nicht Preußen würde dann den Zollverein gesprengt haben, sondern jene Regierungen. Der Handelsvertrag mit Frankreich sei ebensowenig ein politisches Bündniß, wie der Vertrag zwischen England und Frankreich; auch bei uns handle es sich lediglich um eine mäßig freihändlerische Reform der Tarife. Die Partei, welche sich am lebhaftesten für den Vertrag ausgesprochen, habe keine Sympathien für das militärische, büreaukratische Frankreich, das sei eine Verdächtigung dieser Partei. Indem man für die Resolution stimme, stimme man für die Verminderung der Gefahren der Sprengung des Zollvereins, denn die Agitation werde nach Verwerfung der Resolution nicht aufhören. (Bravo!)

Abg. v. Vincke (Stargardt): Von dem Abg. für Berlin hätte er erwartet, daß er seinen Freund, den Abg. für Minden, für den Mißklang, den derselbe in das Haus gebracht habe, rektifiziren würde. Er habe dies nicht gethan, und er (Redner) wolle die Lücke, die derselbe gelassen habe, nicht ergänzen, weil er den Mißklang der Persönlichkeit nicht noch einmal hervorrufen wolle. — Die österreichische Note wegen Italiens, auf die der Abg. für Geldern zurückgekommen, hätte wohl noch etwas schlagenderer erwidert werden können. Die süddeutsch. Staaten hätten ein weit größeres Interesse daran, den Zollverein fortbestehen zu sehen, als Preußen; die Produktion des Südens sei sehr stark auf den Norden angewiesen, und der österreichische Markt würde ihnen keine Entschädigung bieten. Der baierischen Note sehe man schon ein gewisses Gefühl an, daß sie dies einsehe; sie baue sichtlich wieder nur auf die bekannte Langmuth Preußens. Mache Preußen Ernst, so werde Baiern auch zustimmen. — Die Deduktion Reichenspergers sei diesmal, trotz seiner gewohnten Dialektik, eine verfehlte, wenn er meine, daß Preußen nur in seinem Interesse Oesterreich gefällig gewesen sei. Wenn diese Gefälligkeit nicht erwiedert würde, wenn sie bis zur Insolenz ausarte, wie in der Note des Grafen Rechberg, dann höre die Freundschaft auf. — Oesterreich werde immer nur ein Hemmschuh für den Zollverein sein, und auf einen Vertrag mit Oesterreich würde alles andere eher passen, als die Bezeichnung „Zollverein". Es komme hier auf den Effekt der Annahme der Resolution an; daß sei klar, daß Preußen in dem künftigen Zollverein genau dasjenige Gewicht haben müsse, als ihm nach Verhältniß seiner Bevölkerung, seiner Seelenzahl zukomme. Das aber wolle das Zollparlamentsprojekt nicht. Er rathe überhaupt, solche Reformpläne nicht in die Debatte zu ziehen, da nach dem Sprichwort „das Beste der Feind des Guten". Die Frage werde sich von selbst lösen. Die süddeutschen Staaten würden sich in kurzer Zeit zufrieden geben; sollte aber die Leidenschaft den Sieg über die Vernunft forttragen, so würde man sich darin finden müssen. Man sei es der Ehre Preußens, schuldig, daß man der Langmuth ein Ziel setze. Von den süddeutschen Staaten habe man sich schon zu viel Essig gefallen lassen, jetzt handle es sich darum, einmal ein ernstes Wort zu reden im Interesse Preußens und Deutschlands. Man müsse sich nicht eher auf irgend welche Zollconferenzen mit den Staaten einlassen, bis sie ihre Zustimmung zu dem Vertrage gegeben hätten (Beifall). Der Redner wendet sich schließlich an die Mitglieder des Centrums. Von dem Vorwurf, der bisweilen gegen sie erhoben; als verfolgten sie fremde, selbst römische Interessen, habe er sich stets fern gehalten; jetzt aber möchten sie auch faktisch den Beweis liefern, daß, wo es sich um das Interesse, die Ehre Preußens handle, keine Partei im Hause existire. (Lebhafter Beifall.)

Der Schluß wird beantragt und angenommen. — (Eingeschrieben waren noch die Abgeordneten Dr. Virchow für und Reichensperger (Beckum) gegen die Vorschläge der Commission). — Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Lette, v. Rönne (Solingen), Schulze (Berlin) (gegen Vincke): in der Fraction, welcher er angehöre, habe Niemand das Recht, ein anderes Mitglied zu „rectificiren."

Ref. Abg. Michaelis: Wenn der Vertrag eine politische Bedeutung habe, sei es die, daß er Frankreich ausschließlich begünstige. Das werde aber durch die Verwerfung des gegenwärtigen Gesetzvorschlages erst zur Thatsache, was er dem Abg. Reichensperger zu erwägen gebe. Es handle sich nur um eine Ergänzung der Abstimmung über den Handelsvertrag. Es sei auszusprechen, daß Preußen die große Aufgabe der Reform in Deutschland auch durchzuführen gewillt sei (Bravo). Wenn Preußen mit dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und festen Willen diese Aufgabe in die Hand nehme, ohne Rücksicht auf die mögliche Eventualität, dann werde es nicht nur Sympathie, sondern Erfolge in Deutschland haben (Bravo). — Es handle sich jetzt, wie der Bericht ausführe, allerdings um eine politische, eine Machtfrage. Die Zollvereinigungsfrage mit Oesterreich sei eine recht eigentlich politische Frage. So lange noch eine österreichische Schutzpolitik von Einfluß sei, hänge die politische Einigung ab von Oesterreich, d. h. von einem Staate, der wesentlich außerdeutsche Interessen habe. Das sei die politische Seite der Frage. — Es komme darauf an, den Zollverein auf seine Füße zu stellen, das könne nur geschehen durch eine freisinnige Handelspolitik, durch Kündigung der Zollvereinsverträge. Durch Annahme der Resolution möge das Haus eine Bahn vorschreiben, der jede Regierung folgen müsse.

Es folgt die Spezialdiskussion. Gegen § 1 nimmt das Wort der Abg. Reichensperger (Beckum): Der Abg. für Stargardt habe ihm und seinen Freunden gegenüber die Gewohnheit, seinen Unwillen, um nicht zu sagen seine Indignation sehr lebendig zu erkennen zu geben, wenn, was eben nicht selten geschehe, nicht das Glück hätten, sie mit ihm übereinzustimmen, und ihnen bei Strafe, die Ehre Preußens zu verletzen, und österreichische Politik zu treiben, ihre Abstimmung vorzuschreiben. Er meine, daß seine reiche parlamentarische Erfahrung ihm doch gelehrt haben sollte, wie Majoritäten zu Stande gekommen und geschwunden mit und neben ihm. (Beifall.) Die Politik der Mittelstaaten scheine ihm dahin zu gehen, eine Mittellinie zwischen Preußen und Oesterreich inne zu halten, man treibe also noch nicht österreichische Politik, wenn man mit deren jetziger Politik nicht im Widerspruch stehe. — Es folgen weitere persönliche Ausführungen gegen die Redner in der Generaldiskussion. Als der Redner auch gegen den Abg. Schulze (Berlin) noch eine persönliche Bemerkung machen zu wollen erklärt, unterbricht ihn der Präsident Grabow mit der Erinnerung, daß ihm nur gegen § 1 des Gesetzes das Wort ertheilt sei. Abg. Reichensperger (Beckum) beruft sich auf die durch den ersten Vicepräsidenten noch neuerlich sanctionirte Praxis des Hauses, zur Diskussion über § 1 alles zu sagen, was man in der Generaldiskussion nicht habe anbringen können. (Große Heiterkeit).

Nachdem der Präsident nochmals erklärt, die General-Discussion sei geschlossen, erwidert der Abgeordnete: Er füge sich dieser neuen Praxis, indem er sich vorbehalte, in der ersten bevorstehenden General-Discussion, worin man, wie die heutige gezeigt, ja alles Mögliche sagen kann, seine Bemerkungen gegen den Abg. Schulze vorzubringen. Redner schließt demnächst eine Reihe weiterer Bemerkungen, die weniger § 1 als Aeußerungen von Rednern in der General-Discussion betreffen, mit dem Satze: die Abgg. für Crefeld und Königsberg i. d. N. wären, wie man gesehen, über die Form des von ihnen gewünschten Zollparlaments noch äußerst verschiedener Ansicht. So lange die beiden Herren Abgeordneten über die Form zu dieser Einigung Deutschlands noch nicht einig, so lange werde man ihm wohl auch erlauben, sich seine Aeußerungen über § 1 vorzubehalten. (Gelächter.)

Abg. Dr. Virchow: Es wäre wünschenswerth gewesen, wenn die polit. Seite nicht so sehr in den Vordergrund gestellt wäre, sondern mehr die volkswirthschaftliche. Es wäre nicht gut, wenn die hier geäußerten Ansichten über die Hegemonie Preußens in Süddeutschland bekannt würden. Er glaube, die Vorlage sei das bestimmte Ziel für Preußens Handelspolitik, und dabei werde Preußen seine Verbündeten gerade in den Bevölkerungen der süddeutschen Staaten zu suchen haben. Der Minister v. Beust habe in der sächsischen Kammer einen unbefangenen Standpunkt eingenommen, und diesen Standpunkt möge man auch hier festhalten, dann werde man für den § und für die Resolution stimmen.

Abg. Behrend (Danzig): Die Fassung des § 1 sei nicht genügend bestimmt, denn dieselbe lasse die Ansicht zu, daß z. B. Steinkohlen, welche auf anderem Wege, als aus Frankreich, eingeführt würden, einen höhern Eingangszoll zahlen müßten. Es müsse deshalb dem Gesetz eine bestimmte Fassung gegeben werden, denn eine Erklärung der Regierung darüber halte er nicht für ausreichend. Es müsse deshalb in dem Gesetze auf diejenigen Gegenstände Bezug genommen werden, deren Zollsatz geringer sei, als der im Vertrage. Das sei der Sinn seines Amendements.

Der Referent hat folgende Gegen-Amendement gestellt: „Den für die Ausfuhr günstigeren Bestimmungen des Zolltarifs vom 27. Juni 1860 geschieht hierdurch kein Eintrag." Abgeord. Behrend: Dieses Amendement stimme mit seiner Absicht vollkommen überein, und da er auf die Redaktion keinen Werth lege, ziehe er das seinige zurück. Das Amendement wird zahlreich unterstützt. Reg.-Comm. Delbrück: Die Regierung habe die ausdrückliche Erwähnung der Ausnahme-Bestimmungen nicht für nothwendig erachtet, weil durch den vorliegenden Entwurf der Zollvereinstarif nicht aufgehoben werde. Im § 1 sei der Sinn ausgedrückt, daß damit eine Erleichterung der Einfuhr herbeigeführt werden solle. Mit der Absicht des Amendements sei die Regierung vollkommen einverstanden, jedoch hege sie Bedenken gegen die von dem Abg. Behrend vorgeschlagene Fassung, dies sei in dem Vorschlage des Referenten beseitigt, und so könne die Regierung sich mit dem Amendement, wenn es angenommen werden sollte, einverstanden erklären. Die Diskussion ist geschlossen. — Abg. v. Sybel (zur persönlichen Bemerkung): Der Abg. für Beckum habe vorher des baseler Friedens gedacht und dabei erwähnt, daß die für Preußen günstigen Forschungen des Prof. v. Sybel über diesen Frieden in allerneuesten historischen Forschungen von andrer Seite ein erhebliches Gegengewicht gefunden hätten. Er wisse nun zwar nicht, ob der Abg. für Crefeld für den genannten Professor der Geschichte hier eintreten könne; da er jedoch von mehreren Seiten gefragt worden, wer denn jener allerneueste Forscher sei, so glaube er im Interesse des Abg. für Beckum und des Ansehens, indem bei ihm gedachte Forschungen zu stehn schienen, wenigstens auf diese Frage Auskunft geben zu sollen. Dieser große Unbekannte sei kein Geringerer, als der protestantische Geschichtsschreiber, der königl. hannoversche Historiograph, der scharfe Kritiker Gustav Adolfs, der Vernichter Friedrich des Zweiten, Herr Onno Klopp (Große Heiterkeit.) Er erkläre übrigens, daß er sich dadurch in seiner Abstimmung über § 2 des vorliegenden Gesetzentwurfs, der von Lumpen und sonstigen Abfällen zur Papierfabrikation handelt, nicht influiren lassen werde.

Paragr. 1 wird hierauf mit dem Amendement des Referenten angenommen, ohne Discussion dann auch die übrigen Paragr. 2, 3, 4. Das Haus dispensirt den Präsidenten von dem Druck des Amendements und genehmigt hierauf den Gesetzentwurf im Ganzen. — Ueber die Resolution wird hierauf namentlich abgestimmt. Mit Nein stimmen: Bender (Olpe), Biernacki, Blum, Böcking, Ellering, Evers, Froming, Funcke, Gützloe, Hobbeling, Krebs, von Malinckrodt, Osterrath, Plaßmann, Reichensperger (Geldern), Reichensperger (Beckum), Reinhardt, Rohden, Schmidt (Paderborn), Schulz (Borken), Stoek, v. d. Straeten, Strzybny, Zehrt, Zingler. Das Resultat der Abstimmung ist Annahme der Resolution mit 232 gegen 26 Stimmen. — Es ist vom Abgeordn. v. Sybel ein Antrag eingegangen, die nächste Sitzung (nicht Dinstag, sondern) erst Donnerstag anzuberaumen und die Militärdebatte auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Abg. v. Sybel befürwortet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit der Vorbesprechung in den Fractionen und die Nothwendigkeit eines genauen Studiums des Berichts, welcher erst ausgegeben werden soll, während andererseits die Debatte über den umfangreichen Bericht der Unterrichts-Commission auch noch den Mittwoch in Anspruch nehmen würde. Der Antrag wird fast einstimmig unterstützt und darauf — nach kurzem Widerspruch Harkort's — mit überwältigender Majorität angenommen. Schluß der Sitzung gegen 3½ Uhr.

Berlin, 5. Sept. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Den Kreisgerichts-Rath Moers in Frankfurt a. O. zum Appellationsgerichts-Rath in Ratibor zu ernennen. — Der Berg-Referendarius Wilhelm Follenius zu Bonn ist zum Berg-Assessor ernannt worden.

Am Gymnasium zu Stettin ist den ordentlichen Lehrern Wilhelm Stahr und Dr. Karl Stahr das Prädikat „Oberlehrer" beigelegt worden.

[Patent.] Dem Techniker Wilhelm Palm in Trier ist unter dem 3. September 1862 ein Patent auf eine mechanische Vorrichtung zur Herstellung von Hufnägeln in der durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

[Bekanntmachung.] Das correspondirende Publikum wird mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 24. April d. J. benachrichtigt, daß die Packetboote der französische Dampfschifflinie St. Nazaire — Vera-Cruz, statt am 14ten, am 16ten jeden Monats aus dem französischen Hafen St. Nazaire Abfertigung erhalten.

Diese Verbindung bietet, außer für die Correspondenz nach Mexico, Cuba und Martinique, auch für die Correspondenz nach Guadeloupe die vortheilhafteste Beförderungsgelegenheit, indem zwischen Martinique und Guadeloupe im Anschlusse an die Linie St. Nazaire — Vera-Cruz ein regelmäßiger Postdienst mittelst französischer Staatsdampfschiffe eingerichtet worden ist. Die nach Guadeloupe bestimmten Briefe werden daher, sofern nicht ein anderer Speditionsweg auf der Adresse vorgeschrieben ist, ausschließlich durch Frankreich geleitet werden.

— Die Kunst-Ausstellung im königl. Akademie-Gebäude wird am Sonntag den 7. d. M. eröffnet.

— Die planmäßige achte Ziehung von 33 Serien der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855, welche die am 1. April 1863 mit je 112 Thlr. einzulösenden 3300 Schuldverschreibungen angeben, wird am 15. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, in unserem Sitzungszimmer, Oranienstraße Nr. 92, in Gegenwart eines Notars öffentlich stattfinden. Die Nummern der gezogenen Serien werden demnächst durch Zeitungen und Amtsblätter bekannt gemacht werden. (St.-A.)

Breslauer Sternwarte.

5. Sept. 10 U. Abds.	27 7,10	+15,6	N. 1.	Heiter.
6. Sept. 6 U. Morg.	27 6,75	+14,0	NO. 1.	Sonnenblicke.

Wasserstand.

Breslau, 6. Sept. Oberpegel: 13 F. 4 Z. Unterpegel: — F. 7 Z.

Berliner Börse vom 5. September 1862.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102 G.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	99¾ bz.
dito 54, 55, 56, 57	4½	102⅛ bz.
dito 1853	4	100 bz.
dito 1859	5	108⅛ B.
Staats-Schuld-Sch.	3½	90½ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	125⅛ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102¾ G.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	93 bz.
dito dito	4	101⅞ B.
Pommersche	3½	91¾ bz.
dito neue	4	101 bz.
Posensche	4	104¾ G.
dito	3½	99 G.
dito neue	4	99¼ B.
Schlesische	3½	95 G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	100¼ bz.
Pommersche	4	100¼ bz.
Posensche	4	99¾ bz.
Preussische	4	100 bz.
Westf. u. Rhein.	4	99¾ bz.
Sächsische	4	100⅜ bz.
Schlesische	4	100½ B.
Louisdor	—	109⅞ bz.
Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	56¼ B.
dito 54r Pr.-Anl.	4	72 B.
dito neue 100 fl.-L.	—	70 B.
dito Nat.-Anleihe	5	65⅜ à ¼ bz.
dito Bankn. n. Whr.		79¼ bz
Russ.-engl. Anleihe	5	94¾ etw. bz.
dito 5. Anleihe	5	87½ bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	84⅛ G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	87¾ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93 bz.
dito à 300 Fl.	5	94¼ G.
dito à 200 Fl.	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	88 bz.u.B.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57⅜ G.
Baden 35 Fl.	—	31¼ G.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	86 bz.
Aach.-Mastricht.	3½	4	31¾ bz.u.G.
Amst.-Rotterdam	5⅕	4	90¾ bz.
Berg.-Märkische	6½	4	111¼ B.
Berlin.Anhalter	8¼	4	137¾ bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	121 bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	213 bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	127¾ bz.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	133¼ à 134 bz.G.
Cöln-Mindener	12¼	3½	182½ G.
Franz. St.-Eisenb.	6 7/15	5	127½ G.
Ludw.-Bexbach	8	4	138½ bz.
Magd.-Halberst.	22½	4	— — —
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	44¾ bz.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	128 bz.
Mecklenburger	2⅞	4	61 bz.
Münster-Hammer	4	4	98 B.
Neisse-Brieger	3½	4	83¼ G.
Niederschles.	4	4	99¼ bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	75½ bz
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	65½ a ⅝ bz.
dito Prior	—	4½	— —
Oberschles. A.	7⅕	3½	168 bz.
Oberschles. B.	7⅕	3½	145 bz.
dito C.	7⅕	3½	168 bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	— — —
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	96¾ bz.
dito Prior E.	—	3½	85 G.
dito Prior F.	—	4½	— — —
Oppeln-Tarnow.	⅚	4	50½ à 51 bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	58¾ B.
Rheinische	5	4	96¼ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	101 B.
dito Prior	—	4	93½ bz.
dito III. Em.	—	4½	99¼ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	27¼ bz.
Ruhrort-Crefeld	3 1/11	3½	90 bz.
Starg.-Posener	4	3½	110 bz.
Thüringer	6⅔	4	125½ G.
Wilhelms-Bahn	—	4	56½ bz.
dito Prior	—	4	92¼ bz.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	92½ bz.
dito dito	—	5	94¾ bz.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 1/15	4	114¾ G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	94 B.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	79¾ bz.
Bremer "	5⅗	4	105 B.
Coburg. Credit A	3	4	77½ G.
Darmst. Zettel-B.	8⅗	4	100 bz.u.G.
Darmst. Credb.A.	5	4	90¾ à 91¼ bz.
Dess. Creditb. A.	—	4	3 bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	96 bz.
Genf. Creditb. A.	—	4	43 bz.u.G.
Geraer Bank	5¾	4	91½ Klgkt. bz.
Hamb.Nord.Bank	5	4	97 B
" Ver.-Bank	5 1/15	4	101½ G.
Hannov. "	4½	4	99¼ etw. bz.
Leipziger "	3	4	77½ G.
Luxembrg. "	10	4	101⅛ etw. bz.
Magd. Priv. "	4 1/15	4	90½ G.
Mein. Creditb. A.	6	4	92¼ bz.u.B.
Minerva Bgwk.A.	—	5	33¾ bz.
Oester.Creditb.A.	7¾	5	84à83¾à84⅛ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 1/11	4	99 B.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/15	4½	123 bz.
Schl. Bank-Ver.	6	4	97¾ bz.
Thüringer Bank	2⅗	4	59 G.
Weimar. Bank	4	4	83¾ etw. bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10T.	143½ bz.
dito	2 M.	142⅞ bz.
Hamburg	8 T.	151⅝ bz.
dito	2 M.	150⅞ bz.
London	3 M.	6. 21⅝ bz.
Paris	2 M.	80⅙ bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	79¼ bz.
dito	2 M.	78½ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 G.
Leipzig	8 T.	99⅚ G.
dito	2 M.	99 5/12 bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 G.
Petersburg	3 W.	98 bz. 3 M. 97¼ bz.
Warschau	8 T.	87¾ bz.
Bremen	8 T.	109¾ bz.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 5. Septbr., Nachm. 1½ Uhr. 3proz. Rente 69, 40. Credit-mobilier 932. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 481.

Paris, 5. Sept., Nm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete still zu 69, 40, fiel auf 69, 35 und schloß fest zur Notiz. Italienische Rente 71, 30. Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 40. 4½proz. Rente 98, 25. 3prz. Spanier —. 1proz. Spanier —. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 482. Credit-mobilier-Aktien 926. Lomb. Eisenbahn-Aktien 611. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 5. Sept., Nachm 3 Uhr. Consols 93½. 1prz. Spanier 44¾. Mexikaner 30⅜. Sardinier 83. 5proz. Russen 94. Neue Russen 93. — Hamburg 3 Monat 13 Mk. 7½ Sch., Wien 12 Fl. 95 Kr. Der Dampfer „Bavaria" ist aus Newyork eingetroffen.

Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Noten-Umlauf 21,509,295, der Metallvorrath 17,825,220 Pfd. St.

London, 5. Sept. Mit dem Dampfer „Nova Scotian" eingetroffene Berichte aus Newyork vom 27. v. M. melden, in Newyork war am 27. v. M. Gold-Agio 15⅜, der Wechsel-Cours auf London 127½, Baumwolle 47½, Mehl fester, Weizen unthätig. Fonds waren im Steigen.

Wien, 5 Sept. Mitt. 12 Uhr 30 M. Bei Abgang der Dep. ruhiger. 5proz. Metall. 71, 40. 4½proz. Metall. 63, —. Bank-Aktien 798. Nordbahn 195, 40. 1854er Loose 90, 40. National-Anleihe 83, 20. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 243, — Creditaktien 216, 20. London 127, 60. Hamburg 95, 20. Paris 50, 60. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 158, —. Lombardische Eisenbahn 283, —. Neue Loose 131, 70. 1860er Loose 91, 70.

Frankfurt a. M., 5. Septbr., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Börse lebhaft; österr. Creditaktien insbesondere begehrt u. höher. Schluß-Course: Ludwigsh.-Bexbach 138¾. Wiener Wechsel 92. Darmst. Bankaktien 228½. Darmst. Zettelbank 249. 5przo. Metall. 53⅞. 4½proz. Met. 48. 1854er Loose 70. Oesterr. National-Anleihe 63½. Oest.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 228. Oesterr. Bank-Antheile 734. Oesterreich. Credit-Aktien 197½. Neueste österr. Anleihe 72¼. Oesterr. Elisabet-Bahn 122. Rhein-Nahe-Bahn 29½. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 129.

Hamburg, 5. Sept., Nm. 2 Uhr 30 M. Börse geschäftslos schloß matt. Schluß-Course: National-Anleihe 64¼. Oesterr. Credit-Aktien 83. Vereinsbank 101⅞. Norddeutsche Bank 98⅛. Rheinische 95. Nordbahn 64⅞. Disconto 3¼. Wien 97, 12. Petersburg 30⅝.

Hamburg, 5. Sept [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, ab auswärts unverändert und flau. Roggen loco fest, ab Königsberg Danzig pr. Herbst 80—82, pr. Mai 75 bezahlt. Oel pr. Oktbr. 29⅞, pr. Mai 28⅝. Kaffee belebterer Markt, 3200 Sack Costarica, 6800 Sack Rio und diverse umgesetzt.

Liverpool, 5. Septbr. [Baumwolle.] 2,000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert. Wochenumsatz 63,240 Ballen. Upland 28½, Orleans 29. Surate 14—25.

London, 5. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). Sämmtliche Getreidearten unverändert. — Wetter regnerisch.

Amsterdam, 5. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen loco preußischer 1 Fl. niedriger, Terminroggen flau. Raps September 79½. Rüböl Herbst 46.

Breslau, 6. Septbr. Wetter: bewölkter Himmel. Thermometer Früh 14° Wärme. Der Wasserstand der Oder fällt andauernd. Die Zufuhren von Getreide waren am heutigen Markte sehr beschränkt, wodurch sich im Allgemeinen eine feste Stimmung Geltung verschaffte.

Weizen zu hohen Preisen schwacher Umsatz; pr. 85pfd. weißer 78—86 Sgr., gelber 78—85 Sgr. — Roggen unverändert fest; pr. 84pfd. 52—54—56—58 Sgr., feinster bis 59 Sgr. — Gerste gefragter; pr. 70pfd. 39—40½ Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Hafer flau; pr. 50pfd. schlesischer 22½—24 Sgr. (galizischer 21—23 Sgr.). — Erbsen und Wicken ohne Geschäft. — Rapskuchen 51—54 Sgr. — Oelsaaten gut behauptet, feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Schlaglein ruhig.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	75—82—87	Wicken	36—38—41
Gelber Weizen	75—82—85		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	52—55—59	Schlag-Leinsaat	165—178—190
Gerste	37—39—42	Winter-Raps	200—220—240
Hafer	22—24—27	Winter-Rübsen	198—218—228
Erbsen	45—50—54	Sommer-Rübsen	190—205—216

Kleesaat wenig Geschäft, rothe 8—10—11¾—14 Thlr., weiße 9 bis 11½—14½—16½ Thlr., neue 14—17½ Thlr., hochfeine bis 19 Thlr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—22 Sgr., Metze ¾—1¼ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 14⅙ Thlr., Herbst 14 Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 17 Thlr. Geld, Herbst 16¾ Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.